

[17-10.doc]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine Damen und Herren!

Ich habe Freude an der leidenschaftlichen Debatte, die wir hier beobachten können. Das ist nicht bei allen Themen der Fall.

(Zurufe)

Bei der Paulskirche ist es offenbar möglich, und das ist auch eine gute Sache. Was mir ein bisschen Sorgen macht, ist, dass, glaube ich, immer mehr eine bestimmte Fähigkeit verloren geht, das ist jedenfalls bei den Debatten hier jeden Monat immer wieder zu beobachten, nämlich die des Zuhörens und die des Lesens.

(Beifall)

Zuhören und lesen, was tatsächlich gesagt wurde und was jemand tatsächlich geschrieben hat. Es geht los mit Pressemitteilungen, die falsch zitiert werden.

(Zurufe)

Es geht weiter mit falschen Zitaten aus einer Rede, die hier gerade erst vor einer guten halben Stunde gehalten wurde.

(Zurufe)

Es endet mit Beschlüssen, die dieses Parlament gefasst hat und die gelten, bis man sie ändert, meine Damen und Herren. Das hat auch etwas mit dem Respekt vor der Demokratie zu tun. Beschlüsse, die dieses Parlament gefasst hat - und wir haben hier schon zwei, von denen auch schon gesprochen worden ist -, sind bindend, und zwar sowohl für das Parlament, bis es sie ändert, als auch für den Magistrat, und zu dem komme ich gleich noch.

(Beifall)

Insofern hätte man unseren Antrag, der den Titel „Verantwortung des Stadtparlaments für die Paulskirche“ trägt, auch unter anderem „Respekt vor den Beschlüssen des Stadtparlaments“ nennen können, aber das werde ich gleich noch einmal ausführen.

(Zurufe)

Die einführenden Worte der Bürgermeisterin haben wir zur Kenntnis genommen. Wir sehen da eine gewisse Verbesserungshoffnung für die Zukunft, so will ich es einmal nennen. Bislang hat jedenfalls die Paulskirche, die Sanierung und auch deren Jubiläum im nächsten Jahr und vor allen Dingen auch die Schaffung des Hauses der Demokratie, jedenfalls im letzten Jahr, für diese Koalition keine erkennbare Priorität gehabt. Eins muss man dem alten Oberbürgermeister lassen: Er war erkennbar der Einzige, der sich wirklich dafür interessiert hat und der sich auch - und dazu kommen wir auch noch einmal - an der einen oder anderen Stelle eingesetzt hat, allerdings immer nach seiner Agenda und nicht nach den Beschlüssen dieses Stadtparlaments. Das ist ein Teil des Problems, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich nehme das ernst und begrüße das auch. Nicht nur für uns, sondern auch tatsächlich aus Sicht unserer Stadt. Das, was die Bürgermeisterin am Anfang gesagt hat, dass es jetzt den klaren Wunsch gibt, auch im Gespräch mit den anderen Ebenen, also mit Land und Bund, bei diesem Prozess und bei dem gemeinsamen Projekt Haus der Demokratie in Frankfurt, jetzt für die Stadt Frankfurt eine andere Rolle einzunehmen, und zwar produktiver und ergebnisorientierter zu handeln und nicht so, dass - wie man es in der jüngeren Zeit erleben konnte -, wenn man andere Beteiligte von anderen Ebenen gefragt hat, wie läuft es denn und wie stellt sich Frankfurt dar, da betreten zu Boden geschaut wird. Offen gestanden, die Frankfurter Beteiligung war eher im Grenzbereich zur Blamage, meine Damen und Herren. Richtig ist, dass davon - das ist hier auch schon erkannt worden - ein erheblicher Teil auf das Konto des alten Oberbürgermeisters geht. Es ist aber auch so, dass andere Magistratsmitglieder sich in der Vergangenheit - da muss man gar nicht so weit zurückgehen, im Oktober war es der Fall mit der Pressekonferenz - dieser Agenda des Oberbürgermeisters und seinen Schwerpunkten angeschlossen haben und ihnen das nicht besonders wichtig war, was wir hier gemeinsam als Konzept für die Paulskirche und vor allen Dingen für das Haus der Demokratie beschlossen haben. Das ist der entscheidende Punkt und um den geht es auch, wenn man den CDU-Antrag - ich will gar nicht so weit gehen zu sagen, bis in jedes Komma hinein verstanden hat - wenigstens einmal mit dem Wunsch gelesen hat, zu verstehen, was eigentlich das Anliegen ist.

Im Mittelpunkt stehen zwei Beschlüsse. Die haben wir hier 2019 und 2020 gefasst. Das ist genau das, was die Kollegin von Volt zu Recht beschrieben hat. Es muss natürlich auch eine Weiterentwicklung geben, das ist ein Prozess. Aber dieser Prozess muss, jedenfalls was Frankfurt angeht, vom Parlament an oberster Stelle und maßgeblich für alle Beteiligten aufseiten der Stadt Frankfurt entschieden werden. Und das ist irgendwie in Vergessenheit

geraten, meine Damen und Herren. Ich glaube, vom Stadtparlament haben Sie in Ihrer Rede auch kein einziges Mal gesprochen. Sie haben die Defizite des Magistrats aufgezählt, das ist auch selbstkritisch und wird anerkannt, aber von den Entscheidungen des Stadtparlaments und dem, was wir hier vorgegeben haben, war da nicht wirklich die Rede. Deswegen soll es einfach noch einmal um diese vier Worte gehen bei der Frage Haus der Demokratie, was das eigentlich sein soll und welche Rahmenvorgaben es gibt, ohne jetzt dieser Expertenkommission vorzugreifen, die auch mit unserem Einverständnis eingesetzt worden ist. Ich nehme auch zur Kenntnis, wenn Herr Paulsen sagt, dass sich dieser Beschluss vielleicht ein Stück weit überholt hat, was dieses Gutachten vom Haus der Geschichte in Bonn und dem Historischen Museum in Berlin angeht. Aber auch davon hätte natürlich hier einmal berichtet werden müssen, wenn es ordentlich gemacht worden wäre, dann hätte man sich hier auch damit auseinandersetzen können. Was aber nach wie vor eigentlich gilt - und da habe ich, ehrlich gesagt, leider nicht heraushören können, ob die Koalition sich daran auch noch gebunden fühlt und das vor allen Dingen auch noch als gemeinsamen Kompromiss und Konsens mitträgt -, sind diese vier Säulen, vier Komponenten, wie auch immer Sie es nennen wollen. Das Haus der Demokratie soll sein: Geschichte, Verfassung, Denkmal und politische Bildung. Die Reihenfolge ist mir egal, Sie können es auch von hinten aufzählen. Aber es sind vier Komponenten und nicht nur eine. Die eine, politische Bildung, ist die, über die dauernd und sehr engagiert gesprochen wird - das ist nicht verkehrt -, aber die anderen drei Komponenten sind hier irgendwie bei manchen Beteiligten in Vergessenheit geraten.

(Beifall)

Das ist für uns der Punkt, an dem wir glauben, dass der Konsens nicht mehr von allen mitgetragen wird, welchen wir weiterhin für richtig halten und den wir gerne auch weitertragen würden, egal ob jetzt als Opposition oder Regierungsbeteiligte. Aber wir vermissen bei den anderen, dass da noch die Treue zu dem steht, was man gemeinsam vor nicht allzu langer Zeit für richtig gehalten hat. Dazu gehört natürlich auch, diese Entscheidung in einer modernen und gleichzeitig musealen Form - das ist übrigens kein Widerspruch - als einen wichtigen Teil der deutschen Geschichte zu behandeln und zu vermitteln. Da sind wir - das will ich jetzt auch einmal in aller Deutlichkeit sagen - ehrlich gesagt in keiner schlechten Gesellschaft. Ich zitiere aus einem Wortbeitrag oder Namensbeitrag des Bundespräsidenten vom 14. März 2019: „Ich glaube, unser Blick in die Zukunft hängt auch damit zusammen, wie wir auf die Vergangenheit schauen. Die verheerenden Folgen nationalistischer Selbstüberhebung und Demokratieverachtung stehen uns warnend vor Augen. Das ist richtig so. Das Bewusstsein dafür, Wachsamkeit und Skepsis bleiben geboten. Dennoch sollten wir fragen: Gibt es nicht auch Ereignisse und Vorbilder in unserer Demokratiegeschichte, die uns inspirieren, die Ansporn geben und Mut machen können? Gab es nicht Zeiten - denken wir etwa an den Weimarer Aufbruch vor 100 Jahren -, in denen große Umwälzungen auch große Errungenschaften hervorbrachten? Errungenschaften, die unsere Demokratie bis heute prägen und stark machen; Heldinnen und Helden, auf die wir stolz sein können? Ich meine, wir haben unsere Freiheits- und Demokratiegeschichte in unserem Denken über Zukunft zu lange vernachlässigt, und das sollten wir ändern.“ Dem kann ich mich vorbehaltlos nicht nur anschließen, sondern das passt auch eins zu eins zu dem Grundkonsens und der Philosophie, die den beiden Beschlüssen unseres Parlamentes zugrunde liegen. Wir würden als CDU nach wie vor sehr gerne auch in dieser Überzeugung weiterarbeiten und an einem Haus der Demokratie bauen. Aber wir wünschen uns dazu ein klareres und deutlicheres Bekenntnis der heute hier

in Frankfurt regierenden Koalition, ob das noch die gemeinsame Überzeugung ist, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich will noch eine Bemerkung zum Abschluss machen, weil Herr Paulsen hier auch so ein bisschen den Reigen eröffnet hat, was man alles im Rahmen der Paulskirche und drum herum noch anders machen könnte und wie. Vor einigen Tagen hat die ZEIT-Stiftung hier in Frankfurt ein eindrucksvolles ganztägiges Symposium in der Paulskirche veranstaltet. Einige von uns waren auch da. Da wurde ernst und anspruchsvoll über wichtige Fragen diskutiert, zum Beispiel über die Zukunft der Ukraine oder wie und warum man Mitglied des Bundestages wird und ob das noch zeitgemäß und befriedigend ist, wie das heute als Struktur und Prozess angelegt ist. Das sind die wichtigen Themen, die in die Paulskirche gehören, meine Damen und Herren, und da war die Paulskirche auch voll. Das sind Veranstaltungen, wie sie diesem Baudenkmal einerseits, diesem nationalen Denkmal andererseits und dieser wichtigen gesellschaftlichen Institution angemessen sind. Davon wünschen wir uns mehr und das muss auch das sein, was von der Paulskirche ausgeht, meine Damen und Herren. Das müssen wir einmal ein Stück weit dem entgegenhalten, was in den letzten zwei Jahren hier selbstverständlich geworden ist, dass wir sehr häufig mit einem sehr kleinen Personenkreis zu würdigen und auch angemessenen Veranstaltungen kommen, die aber nicht in der Paulskirche stattfinden müssen. Die Paulskirche ist keine Mehrzweckhalle des Magistrats und der Stadt Frankfurt am Main.

(Beifall)

Ich bitte den Magistrat inständig darum, die Veranstaltungskultur, die da in den letzten zwei bis drei Jahren zum Standard geworden ist, bitte einmal kritisch zu hinterfragen. Das würde auch der Paulskirche guttun.

Vielen Dank!

(Beifall)